

3. These: Je weiter in der bestehenden Gesellschaft die technischen Möglichkeiten entwickelt werden, die Fessel zu lockern, die die Befriedigung der Bedürfnisse an die Arbeit bindet, desto rigider und gewalttätiger wird der Arbeitszwang in ihr durchgesetzt.

Von einer Gesellschaft, die die Naturbeherrschung auf einen derart hochtechnisierten Stand gebracht hat wie die unsere, sollte man vernünftiger Weise erwarten, dass in ihr der Druck auf die Individuen nachlässt und die dem Stoffwechsel abgewonnene Zeit ihrer Entlastung und ihrer freien Entfaltung zugute kommt. Das Gegenteil ist der Fall und unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen kann das auch gar nicht anders sein. Geht der sogenannten Arbeitsgesellschaft, wie die Industriesoziologie bereits in den 80er Jahren diagnostizierte, langsam aber sicher im Prozess zunehmender Automation die Arbeit aus, und ist zugleich die Existenz an die individuelle Arbeitsleistung gekettet, muss sich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als spezifisch kapitalistische Form eines längst überflüssig gewordenen Kampfes ums Dasein für die Individuen notwendig verschärfen. Selbst in den entwickelten Industrieländern, wo in besseren Zeiten, d.h. in der Phase des sogenannten Fordismus unterm Druck des Ost-West-Konfliktes ein einigermaßen funktionierendes Sozialsystem aufgebaut wurde, werden Strukturanpassungsmaßnahmen vollzogen, die alle nur auf eines hinauslaufen, nämlich den Zwang zu erhöhen, eine Arbeit aufzunehmen. In der BRD hat man damit bereits Erfahrungen gemacht. Die berühmten berüchtigten Hartz-Reformen, die Absenkung des Rentenniveaus und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, legitimiert als vermeintliche Anpassung an den perhorreszierten demographischen Wandel, die Verkürzung der Schul- und Studienzeiten, die Umstellung des gesamten Bildungssystems auf Kompetenzorientierung bzw. Bachelor- und Masterstudiengänge, um die „employability“ = Beschäftigungsfähigkeit der Schul- und Studienabgänger zu erhöhen, all das und vieles mehr sind alles Maßnahmen so viele flexible Arbeitskräfte wie irgend möglich herzustellen und auf den Arbeitsmarkt zu treiben, die in ihrer Not eine Stelle zu finden, bereit sind, alles zu nehmen, was sich ihnen bietet. Die Folgen sind bekannt: Die Ausweitung von Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnissen, die Verbreitung von befristeten Anstellungen, von Honorar- und Werkverträgen, die Erhöhung der Anforderungen an die Qualifikation und die Fort- und Weiterbildungsbereitschaft, und insgesamt an die soziale bzw. ökonomische, aber auch räumliche Mobilität, die Steigerung der Arbeitsbelastung und die Beschleunigung von Arbeitsprozessen, also all dessen, was sich unter dem Begriff der Flexibilisierung verbirgt. Diese Maßnahmen zeitigen Erfolge. Die Erwerbstätigenquote steigt, obwohl das Arbeitsvolumen weiter stetig sinkt. Die sich daraus notwendig ergebende statistische Verminderung der Arbeitszeit pro Arbeitenden führt jedoch nicht zu mehr individueller Freiheit, sondern wird durch die

Verlagerung von Arbeit in die Freizeit, ihre Intensivierung und das Sich-Fitmachen für den Arbeitsmarkt, vor allem aber durch die beständige Sorge um die zunehmend wieder zur Privatangelegenheit gemachte Existenzsicherung mehr als aufgewogen. Der durch die technische und ökonomische Entwicklung in Frage gestellte Zusammenhang zwischen Bedürfnisbefriedigung und Arbeitsleistung wird nicht so sehr durch unvermeidliche Arbeitszeitverkürzungen, sondern von seiner anderen Seite her angegriffen. Immer häufiger reichen die durch die Arbeit erzielten Einkommen nicht aus, das Leben zu fristen. Die Zunahme von Kinder- und Altersarmut in einer ständig den Reichtum vermehrenden Gesellschaft belegen diese Tendenz ebenso wie das Geschacher um den Mindestlohn.

Die immer sichtbarer werdende Absurdität des Arbeitszwangs drückt sich jedoch nicht nur in der von der Linken immer wieder beklagten Deregulierung des Arbeitsmarktes aus, sondern gesamtgesellschaftlich betrachtet in einer verschärften globalen Konkurrenz und dem, was man die Transformation der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nennt. Man könnte nun auf den Gedanken kommen, dass der Verlust von Arbeitsplätzen im Zuge von Rationalisierungen in der angestammten industriellen Produktion kompensiert werden muss und wird durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder im Dienstleistungsbereich. Das würde den Anstieg der Erwerbstätigenquote erklären. Die Erklärung ist jedoch nur bedingt richtig und wird dem Gesamtphänomen der Transformation kaum gerecht.

Um den Vorgang auch nur ansatzweise begrifflich zu erfassen, muss man zum einen das Feld der Betrachtung erweitern, zum anderen sich von der allgemeinen Propaganda lösen, derzufolge die Schaffung von Arbeitsplätzen das erste und höchste Ziel jeder Politik und auch der Wirtschaft sei. Der Anstieg der Erwerbstätigenquote ist zumindest bezogen auf die Gesamtheit der entwickelten Industrieländer ein sehr begrenztes, auf wenige Länder beschränktes Phänomen. Schaut man über den Tellerrand der BRD zum jetzigen Zeitpunkt hinaus nur auf Europa, so zeigt sich, dass er erkauft ist mit einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in anderen Teilen des europäischen Binnenmarktes. Die vergleichsweise gute Beschäftigungssituation in der BRD ist also nur ein Konkurrenzphänomen auf nationalökonomischer Ebene. Der Krisengewinnler BRD profitiert nun von der Lohndrückerei, die hier früher schon betrieben wurde als in anderen Staaten, was auch noch zur Folge hat, dass gut ausgebildete Leute aus anderen Ländern, die nie zuvor an Auswanderung dachten, jetzt hierher kommen müssen, um den Konkurrenzvorteil der Wirtschaft in der BRD weiter zu sichern und auszubauen, und dafür noch angefeindet und diskriminiert werden. Würden die den Ländern, vor allem in Südeuropa, aufoktroyierten Strukturanpassungsmaßnahmen nach dem Modell Agenda 2010 tatsächlich greifen, müsste das zu einem Ausgleich dieses Konkurrenzvorteils führen und damit zu einem Ende deutscher Herrlichkeit. Die Erwerbstätigenquote auch hierzulande würde

wieder sinken, - oder eine neue Runde der Lohndrückerei einsetzen. Wie dem auch immer sei, es wird deutlich, dass die temporäre Steigerung dieser Quote hierzulande nicht dazu taugt, die Annahme zu belegen, dass Rationalisierungen im industriellen Sektor durch eine entsprechende Expansion von Dienstleistungstätigkeiten wettgemacht würden.

Es geht aber auch gar nicht darum, Menschen, die gezwungen sind zu arbeiten, dann auch wenigstens die Gelegenheit zu geben, ihre Existenz auf diese Weise zu sichern. Auch die Arbeit ist unter kapitalistischen Produktionsbedingungen nur Mittel zum Zweck. Ihr Gebrauchswert besteht darin, Mehrwert zu produzieren und sie gilt nur dann als produktiv, wenn vermittels ihrer Kapital verwertet wird. Denn Kapital, das sich nicht verwertet, ist nicht nur selbst kein Kapital, sondern es entwertet auch das fungierende, indem es dessen Profitrate senkt. Produziertes Kapital muss angelegt werden, es muss Arbeitskraft ausbeuten. Seine Dynamik ist Moment seiner Selbsterhaltung. Die Erschließung neuer Geschäftsfelder und die Transformation zur Dienstleistungsgesellschaft ist so gesehen ein Effekt des berühmten Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate¹ im industriellen Sektor, der zwanghafte Versuch eben diesem Fall zu entgehen. Marxistische Theoretiker wie David Harvey gehen davon aus, dass sich die kapitalistische Wirtschaft seit dem Ende ihrer fordistischen Phase in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts in einer chronischen Überakkumulationskrise befindet, mit der Folge, dass beständig für beträchtliche Kapitalmengen lohnende Anlagemöglichkeiten gesucht und gefunden werden müssen.² Diese Suche ist durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen erleichtert worden. Als entscheidender politischer Faktor ist hier die Globalisierung zu nennen, also der Zusammenbruch des Ostblocks, der von der kommunistischen Führung in China initiierte ökonomische Wandel und der Aufstieg früherer Entwicklungs- zu sogenannten Schwellenländern. Durch solche Vorgänge sind nicht nur neue Exportmärkte, sondern vor allem neue Anlagemöglichkeiten für brachliegendes Kapital geschaffen worden, das dort auf ein riesiges, bestens ausgebildetes und billiges Arbeitskräftereservoir zurückgreifen kann. Als wesentliche technische Neuerungen gelten die Erfindung des Containers, durch die die Transportkosten erheblich gesenkt werden konnten, und die Computerisierung sowie der Aufbau des Internet, ohne die die heutigen Produktionsnetzwerke mit ihren auf verschiedene Standorte verteilten Produktionseinheiten überhaupt nicht denkbar wären. Von eminenter Bedeutung war auch die Schaffung neuer Finanzinstitutionen und die bekannte Deregulierung der Finanzmärkte. Durch sie wird die Kapitalfluktuation erleichtert, sodass weltweit möglichst schnell Kapital in profitable Geschäfte gelenkt werden kann. Über die internationalen

¹ Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, hrsg. v. F. Engels, Berlin 1987 (identisch MEW Bd. 25), S. 221 ff.

² Vgl. David Harvey: Der neue Imperialismus, Hamburg 2005.

Finanzinstitute können überdies ganzen Volkswirtschaften, die in die Verschuldungsfalle geraten sind, passende Maßnahmen der Umstrukturierung aufgezwungen werden.³

Begünstigt durch diese und ähnliche Vorgänge erfolgt die Suche nach Anlagemöglichkeiten selbst auf verschiedene Weisen. Dem Erfindungsreichtum sind hier tendenziell keine Grenzen gesetzt. Es gibt dementsprechend keine Systematik der Methoden. Die wichtigsten und bekanntesten Formen dürften die Privatisierung gemeiner Güter, die Kommodifizierung von Naturressourcen, die Kapitalisierung von ökonomisch bislang unproduktiven Tätigkeiten und die Enteignung bestehender Produktionen sein. Beispiele gibt es zuhauf. Da werden Stadtwerke verkauft oder in Betriebe umgewandelt und die Energieversorgung einem Oligopol überlassen, Wasser und Luft zu Waren gemacht, aber auch Gene patentiert, Krankenpflege oder Unterricht in verkaufbare Dienstleistungen umgewandelt und verschuldete Betriebe für „einen Appel und ein Ei“ aufgekauft, um auf der Basis solcher Entwertung die Produktion wieder profitabel aufnehmen zu können. Es ist ganz müßig, darüber zu streiten, ob diese Maßnahmen von einer neoliberal verblendeten Politik in Gang gesetzt oder ökonomisch erzwungen wurden. Das politische Gemeinwesen als vermeintlich ideell Allgemeines ist, bezogen auf die Menschheit als Ganzes, organisiert in vielen verschiedenen, nur partiell allgemeinen Nationalstaaten. Die sind aufs engste verfilzt mit ihren jeweiligen Nationalökonomien. Ihre politischen Instanzen können sich den ehernen Gesetzen der Ökonomie nicht entgegenstellen. Gerade wenn sie noch minimale soziale Standards aufrechterhalten wollen, müssen sie sich in der Standortkonkurrenz genauso bewähren wie jedes Unternehmen in der Konkurrenz des Marktes. Sie buhlen deswegen aktiv mit immer günstigeren Rahmenbedingungen um die Gunst der Kapitalflüsse und ihre Regierungen ähneln sich immer stärker den Managementabteilungen der internationalen Konzerne an.

Alle kennen, das mag ihnen bewusst sein oder nicht, nur ein Ziel, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Selbst ökonomisch, d.h. unter kapitalistischem Gesichtspunkt unproduktive Arbeiten können unter Umständen eine solche Gegenwirkung entfalten, indem sie über den Ausgleich der verschiedenen Profitraten zur Durchschnittsprofitrate⁴ dazu dienen, letztere hoch zu halten. Billige Arbeitskräfte, eingesetzt in technisch rückständigen oder bisher kaum maschinisierbaren, arbeitsintensiven Unternehmungen, tragen nicht nur zu einer hohen Mehrwertmasse in dem Betrieb bei, in dem verhältnismäßig viel Arbeit angewandt wird, sondern über den genannten Ausgleich wird ein Teil des Mehrwerts aus der vergleichsweise unproduktiven Kapitalverwertung von hochmodernen, weitgehend automatisierten und deshalb wenig profitablen

³ Zu den Auswirkungen der Globalisierung auf das Verhältnis von Entwicklungs- und Industrieländern siehe den Exkurs zwischen der 5. und der 6. These, zur Bedeutung der Deregulierung des Finanzsektors vgl. Elmar Altwater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2011.

⁴ Vgl. Karl Marx: ebd., S. 164ff.

Kapitalien angeeignet. Es liegt durchaus in der Logik des Verwertungsprozesses als eines gesamtgesellschaftlichen, anzunehmen, dass viele der genannten Methoden, vor allem aber die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs, in dem viele Tätigkeiten bisher nur wenig maschinisiert sind, dazu geeignet sind, gerade die technisch avanciertesten Kapitalien am ökonomischen Leben zu halten. Sie überleben als Parasiten des Niedriglohnsektors, was ihrer ökonomischen Dominanz keinen Eintrag tut. Was so entsteht ist das Bild einer Gesellschaft, die angetrieben von der zwanghaften Suche nach Anlage für überakkumuliertes Kapital beständig alle Wirtschaftsprozesse beschleunigen muss, aber nicht nur in Bezug auf ihre grundlegenden sozialen Verhältnisse stagnativ wirkt, sondern auch technisch zu einem Stillstand tendiert, der nur davon überdeckt wird, dass das immer Gleiche in immer neuer Form produziert wird.

Vom Standpunkt der Arbeitenden erscheinen all diese Bemühungen, den Kapitalbetrieb am Laufen zu halten, als das, was sie der Sache nach sind, als reichlich sinnlose Geschäftigkeit. Viele der neuen Geschäftsfelder, wie z.B. der Bildungsbereich, lassen sich der Kapitallogik auch nur formell subsumieren. Sie wird den Tätigkeiten übergestülpt und kollidiert auf allen Ebenen mit deren konkreten Zwecken. Obwohl all die beständigen Umstrukturierungen, die die Arbeitenden derzeit über sich ergehen lassen müssen, tief in die Produktionsprozesse eingreifen, haben sie mit der materiellen Produktion nur noch wenig zu tun. Trotzdem oder gerade deswegen erhöht sich stetig der Anteil des Aufwandes, den die Arbeitenden betreiben müssen, um ein Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten, das auf ihrer eigenen Ausbeutung beruht und nur diese zum Zweck hat, gegenüber dem, den ihr Stoffwechsel mit der Natur den Menschen abnötigt. Dabei entfernt sich die Kapitallogik nicht nur immer weiter von sachlichen Erfordernissen, sondern jeden Tag tritt deutlicher hervor, wie sehr sie in Widerspruch zu ihnen steht. Dass jede Arbeit sich als produktiv im Sinne des Kapitals ausweisen muss, heißt für die Arbeitenden, dass sie jeden Tag Tätigkeiten in einer Form ausführen müssen, deren Sinn sich einer unbefangenen Betrachtung kaum noch erschließt. Ihre Lebenszeit, eingepfercht in Arbeitszeit, über die andere verfügen, wird in großem Maß verschwendet, während andere, gesellschaftlich dringend notwendige Arbeiten unterlassen werden. Vermutlich bildet diese alltägliche Erfahrung die größte Belastung, die sich als Folge des Arbeitszwangs für die Individuen ergibt, denn sie müssen sie verdrängen, um ihre Arbeit weiter ausüben zu können.